



Aarau, 24. September 2014

«Seien wir realistisch – wie eine linke, offensive Migrationspolitik aussehen könnte»

Referat Kaspar Surber, ao Parteitag vom 16. September 2014

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Einladung, um heute hier über eine fortschrittliche Migrationspolitik sprechen zu können. Ich habe meinen Vortrag unter den Titel gestellt: «Seien wir realistisch – wie eine linke, offensive Migrationspolitik aussehen könnte». Ich möchte gleich beginnen mit der Frage, was es genau heissen könnte, in der Migrationspolitik realistisch zu sein.

Die Rechtspopulisten von der SVP haben uns jahrelang eingeredet, wir als Linke seien in der Migrationspolitik nicht realistisch: Wir seien blauäugig, wir würden den Problemen, die mit der Migration einhergehen, nicht ins Auge schauen. Ja, wir seien Gutmenschen.

Nun möchte ich nicht bestreiten, dass das Zusammenleben auch Probleme schafft. Das ist überall so, nicht nur in der Begegnung mit sogenannten Ausländerinnen und Ausländern, es kommt auch in den besten Familien vor, in der Schule und im Büro.

Unrealistisch sind trotzdem nicht wir, sondern vielmehr die Position der SVP ist es, ihre Illusion der einen und reinen Nation. Wir haben in diesem Sommer verstörende Kriegsbilder sehen müssen: Aus dem Bürgerkrieg in Syrien, aus dem religiösen Feldzug im Irak oder aus der Auseinandersetzung zwischen der EU und Russland um die Ukraine.

Gemäss dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind derzeit mehr als 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Wer also realistisch ist, wird sagen: Die brauchen vorübergehend oder längerfristig eine Unterkunft. Und wer realistisch ist, weiss auch: Mehr als achtzig Prozent der Flüchtlinge leben in den Nachbarländern der Konflikte. Die westlichen Staaten, darunter auch die reiche Schweiz, nehmen deutlich weniger Flüchtlinge bei sich auf.

Was für die Flüchtlinge gilt, das gilt für die Migration generell.

Schauen wir in die Spitäler: Würden die Kranken wieder gesund ohne deutsche Pfleger_innen und Ärzt_innen? Nein. Schauen wir auf die Baustellen: Würden die Einfamilienhäuser gebaut, ohne portugiesische Bauarbeiter? Nein. Schauen wir Fussball: Würde die Schweiz Tore schiessen ohne ihre Stürmer aus dem Kosovo? Nein. Nur wenn wir



ins Parlament nach Bern schauen, bemerken wir: Hier steht offenbar eine Vereinigung unter Heimatschutz, in der Politik bestimmen tatsächlich nur Schweizerinnen und Schweizer.

Anstatt eine vielfältige Gesellschaft zu begrüßen, meint dort eine Mehrheit, dass sie sich mit immer restriktiveren Regeln von der Gegenwart abschotten kann. Und übersieht dabei die wichtigste Konstante in der Geschichte: Die Menschen sind noch immer der Arbeit nachgereist. Realistisch ist im Herbst 2014 also, wer sagt: Flucht und Migration finden statt. Was machen wir damit?

Ich möchte dieses Referat in drei Teile unterteilen. Ich werde zuerst über die stille, tödliche Katastrophe an der europäischen Aussengrenze berichten. Ich will zweitens beschreiben, was der generelle Charakter der herrschenden Migrationspolitik ist. Und zum Schluss möchte ich einige offensive Forderungen aufstellen, wie sie auch die SP vertreten könnte.

Für mein Buch «An Europas Grenze» habe ich verschiedene Schauplätze der europäischen Migrationspolitik besucht, darunter auch im Frühling 2011 die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa. Im Gegensatz zur Schweiz ist Lampedusa tatsächlich eine Insel, sie ist nur neun auf drei Kilometer gross. Die Insel zählt 5000 Einwohner, als ich dort war, kamen 2000 Bootsflüchtlinge an. Für die Bevölkerung war das tatsächlich eine schwierige Situation, wobei sie den Flüchtlingen mehrheitlich mit Hilfsbereitschaft begegnet ist. Und erst recht schwierig war es für die Flüchtlinge: Das Barackenlager bot nur Platz für achthundert von ihnen, viele mussten deshalb im Freien übernachten.

In den Gesprächen mit den Flüchtlingen, damals vor allem aus Tunesien, aber auch aus Somalia und Eritrea, zeigte sich, dass die Beweggründe, warum sie unterwegs sind, äusserst vielfältig sind. Die einen fliehen, weil sie politisch verfolgt sind, beispielsweise die Menschen aus dem Bürgerkrieg in Syrien. Andere verlassen die Armut, um wirtschaftlich ein besseres Auskommen zu finden. Aber es gibt auch kulturelle, gesellschaftliche Gründe, beispielsweise, dass jemand homosexuell ist.

Die offizielle Politik der europäischen Staaten kennt auf diese individuellen Gründe nur eine Antwort: Die Grenze wird aufgerüstet mit immer ausgefeilteren Technologien und entsprechenden Gewinnen für die Rüstungskonzerne. Die Aufrüstung hat zu einer stillen, tödlichen Katastrophe geführt: Kürzlich haben Journalistinnen und Journalisten aus verschiedenen Ländern die Recherche «The Migrant Files» veröffentlicht. Seit dem Jahr 2000 haben demnach mehr als 23 000 Menschen ihr Leben auf dem Weg nach Europa verloren oder gelten als vermisst.

Die Schweiz trägt eine Mitverantwortung für diese Opfer, sie ist Mitglied des Schengenraumes, der die Überwachung der gemeinsamen Aussengrenze zum Ziel hat, wie auch des Dublinervertrages. Gemäss diesem Vertrag können Asylsuchende nur in dem



Land ein Gesuch stellen kann, das sie zuerst betreten: Speziell exponiert sind die südlichen Staaten, Italien oder Griechenland.

In Griechenland, das ich auch besuchte, meinte Muammadi Yonous, der Präsident der afghanischen Community, der die Flüchtlinge in Athen unterstützt: «Europa kann seine Zäune noch so hoch bauen, die Menschen kommen trotzdem, nur ihre Reise wird gefährlicher.»

Die gegenwärtige Politik der Abschottung lässt sich allerdings nicht nur in Lampedusa oder Griechenland zeigen. Dort ist sie nur ein wenig sichtbarer. Nein, die Politik ist auch in der Schweiz allgegenwärtig: Auch hier im Kanton Aargau, wo sich Gemeinden wie Bettwil oder Aarburg weigern, Flüchtlinge aufzunehmen: Frei nach dem Motto, aus den Augen, aus dem Sinn. Mit immer neuen Verschärfungen werden die Asylsuchenden illegalisiert und isoliert, etwa mit der unmenschlichen Nothilfe.

Hier liegt denn auch die entscheidende Verbindung von der Asyl- zur Migrationspolitik: Was nämlich verbindet die Flüchtlinge aus Eritrea, die Bauarbeiter aus Polen oder die Ärzte aus Deutschland? Sie alle werden in ihren Rechten eingeschränkt, wenn sie die Grenze überqueren: Sie werden zu Einwohnerinnen und Einwohnern zweiter Klasse degradiert, zu einer eigentlichen Dienstbotenklasse. Die einen mehr, die Besserverdienenden weniger.

Gerade deswegen bedeutete die Personenfreizügigkeit einen ersten, wichtigen Fortschritt: Zumindest den europäischen Beschäftigten brachte sie die gleichen Rechte. Und zwar nicht nur jenen, die in die Schweiz kommen wollen, sondern auch uns mit einem Schweizer Pass, wenn wir im Ausland arbeiten oder studieren wollen. Diese Fortschritte sind mit der fatalen Abstimmung vom 9. Februar, die wir ganz knapp verloren haben, in Frage gestellt.

Der Effekt der SVP-Initiative liegt gerade nicht darin, dass die Zuwanderung kleiner wird, wie sich das die Rechtspopulisten vorstellen. Wurden nämlich in der Geschichte strikte Höchstzahlen, sogenannte Kontingente, festgelegt, so wurden sie auch regelmässig überschritten. Mit der SVP-Initiative, das ist der springende Punkt, werden die ausländischen Beschäftigten wieder in einen schlechteren Rechtszustand versetzt.

Die jährliche Höchstzahl der Einwanderung, so heisst es im Initiativtext, soll sich weiterhin nach dem «gesamtwirtschaftlichen Nutzen» richten. Bleibt die Arbeitslosenzahl niedrig, wird sich an der Zahl der ausländischen Beschäftigten wenig ändern. Aber sie können bei der Bewerbung, beim Familiennachzug oder beim Zugang zu den Sozialversicherungen benachteiligt werden.

Entrechtete Arbeitskräfte, das haben wir schon beim Saisonierstatut gesehen, ist es kaum möglich zu streiken. Wir sollten niemals vergessen, dass der Anführer der SVP Milliardär ist.



Ich möchte den Klassenaspekt noch etwas weiter ausführen. Auch damit nicht nur der Kanton Aargau am Pranger steht, sondern auch der Kanton, aus dem ich komme, St.Gallen: Hier zeigt sich: Wer zahlen kann, darf bleiben. Der russische Oligarch Michail Chodorkowski erhielt sofort eine Aufenthaltsbewilligung, aus öffentlichem, sprich fiskalischem Interesse. Wenn wir diese Klassenpolitik aufheben wollen, stehen am Ende der Überlegungen folgerichtig offene Grenzen, eine weltweite Bewegungsfreiheit. Das möchte ich hier nicht bestreiten. Doch wie die komplette Abschottung eine Illusion ist, liegen auch offene Grenzen leider in utopischer Ferne. Es geht um den Weg dorthin. Wenn die herrschende Migrationspolitik zur Entrechtung der Ankommenden führt, dann muss eine fortschrittliche die Gleichberechtigung anstreben. Nicht, weil das idealistischer ist. Sondern weil es, wie eingangs gesagt, realistischer ist.

Drei Perspektiven können eine fortschrittliche Migrationspolitik ausmachen: der Lohnschutz, die Antidiskriminierung und die Erweiterung der Demokratie.

Erstens zum Lohnschutz: Wenn man einen Arbeitsmarkt für mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffnet, geraten die Löhne logischerweise unter Druck. Um die einheimischen nicht gegen die ausländischen Beschäftigten auszuspielen, braucht es deshalb einen starken Lohnschutz für alle, beispielsweise mit einem Mindestlohn. Dann läuft der Konflikt wieder zwischen der Arbeit und dem Kapital und nicht zwischen den Beschäftigten. Es geht dann darum, dass die Löhne höher und die Dividenden der Aktionäre tiefer werden, und nicht um eine Auseinandersetzung zwischen einheimischen und ausländischen Beschäftigten.

Zweitens zur Antidiskriminierung: Die Kämpfe für die Gleichberechtigung und die Aufhebung der Zweiklassengesellschaft gilt es täglich zu führen, gegen die Gängelung der Asylsuchenden mit Nothilfe genauso wie für das Recht auf Arbeit oder einen unbeschränkten Zugang zum Gesundheitswesen.

Drittens zur Demokratie: Eine Demokratie, in der ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von der Entscheidungsfindung ausgenommen ist, bildet die Realität zunehmend ungenau ab. Deshalb soll das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt und die Einbürgerung erleichtert werden. Oder besser noch, die Staatsbürgerschaft wie in den USA, bereits mit der Geburt vergeben werden.

Auf diese einfachen Punkte – Lohnschutz, Antidiskriminierung, Demokratie – sollten wir uns verständigen können. Wenn wir alle Entscheide darauf abklopfen, ob sie diesen Forderungen entsprechen, gibt es eine schlüssige, offensive Politik. Und dazu ist auch immer zu betonen, wie die Schweiz zur globalen Ungleichheit beiträgt, indem sie den



Reichtum der Welt von den Steuern befreit, wie bei der Unternehmenssteuerreform III, die selbst SP-Regierungsvertreter in Basel unterstützen.

Sicher wird es nicht einfach, eine offensive Politik durchzusetzen, das glaube ich auch. Über den Sommer hat eine erneute Radikalisierung in der Schweizer Politik stattgefunden, die noch viel zu wenig deutlich benannt ist: Mit ihrer sogenannten Völkerrechtsinitiative will die SVP nichts anderes, als die Menschenrechte aushebeln. Diese wurden allerdings nicht von irgendwelchen Richtern in Strassburg erlassen, sondern während der französischen Revolution erkämpft und bilden die Grundlage unseres demokratischen Staates. Die Initiative ist also ein direkter Angriff auf den Schutz der Minderheiten, wie ihn unsere Verfassung bisher garantiert: Ein Schlüsselanliegen der Linken.

Dagegen müssen wir uns mit allen Kräften wehren: Es bringt nichts, wenn SP-Justizministerin Sommaruga ständig betont, dass sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen will. Dadurch konstruiert sie erneut eine Trennung zwischen Ausländern und Schweizern.

Viel wichtiger ist es, eine grundsätzlich eigenständige Politik formulieren. Und wir tun das am besten noch immer, wenn wir nicht nur Forderungen stellen, sondern indem wir auch handeln: Eine Politik, welche beständig die Trennung zwischen Schweizern und Ausländern sucht, ist am besten mit praktischer Begegnung zu durchbrechen: Im Betrieb, in den Vereinen, im Engagement in Solidaritätsnetzen. Seien wir realistisch.

Weiterführende Literatur:

Surber, Kaspar (2012): An Europas Grenzen. Zürich: Echtzeit Verlag.